

Bonner Initiative für Respekt und Zusammenhalt

Menschenwürde ist unteilbar

Gegen Hass und Hetze - gegen Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit

Wir erleben angesichts der traumatisierenden Nachrichten über das Leid der Menschen in Israel und Palästina eine zunehmend bedrohliche Emotionalisierung und Aggressivität auch bei uns in der Region – ob auf der Straße, am Stammtisch, auf den Schulhöfen, ja selbst an den Universitäten. Viele Jüd*innen trauen sich nicht mehr, ihre Kinder in die Schule zu schicken. Auch Muslim*innen werden bedroht. Aktuelle empirische Erhebungen zeigen einen besorgniserregenden Anstieg von antisemitischer und antimuslimischer Gewalt.

Jenseits jeder politischen Haltung zum israelisch-palästinensischen Konflikt ist es doch ein Gebot der Nächstenliebe, unserer Verfassung und der schieren Menschlichkeit, jeden in unserer Mitte vor Anfeindungen zu schützen. Wir müssen nicht einer Meinung sein, um einander mit Respekt und Wertschätzung zu behandeln. Wir müssen nicht die gleichen Ansichten vertreten, um einander die Hand zu reichen und Verantwortung für die Sicherheit und das Wohlergehen des anderen zu übernehmen.

Wir laden alle ein, die diese Haltung teilen und verteidigen wollen, mit uns gemeinsam ein deutliches Zeichen zu geben und sich einzusetzen für den Schutz der Menschenwürde und für Respekt in unserer Stadt und unserer Region.

Egal welcher Glaubensrichtung und Weltanschauung wir uns zugehörig fühlen, lassen wir uns nicht verführen von Parolen und Bildern, die aufhetzen und spalten. Wir halten zusammen! Menschenwürde ist unteilbar und die Menschenrechte gelten für alle Menschen. Wo beginnen die universellen Menschenrechte? An den kleinen Orten, in der eigenen Nachbarschaft, in Schule, Universität, Fabrik, Büro. Das sind die Orte, wo jeder Mensch gleiche Rechte, gleiche Chancen und gleiche Würde ohne Diskriminierung erwarten darf.

Lasst uns deshalb gemeinsam dem Aufruf zu Hass und Gewalt widerstehen. Wir werden gerade gegeneinander ausgespielt, das spielt politisch rechten Kreisen voll in die Karten. Wir selbst und unsere Demokratie sind in Gefahr. Heute richten sich die Hassparolen gegen Juden, Muslime, Menschen mit Fluchterfahrung und andere Gruppen. Und wen wird es morgen noch treffen? Nie wieder ist genau jetzt!

Deshalb: Sagt heute lautstark Nein zu Judenfeindschaft und Antisemitismus! Sagt Nein zu Muslimfeindlichkeit, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Gewalt. Wir dulden keine Ausgrenzung von Minderheiten! Das sollten wir doch aus der furchtbaren Nazizeit gelernt haben: Schweigend wegschauen ist unverantwortlich. Wir müssen hinschauen und füreinander schützend einschreiten. Auch und gerade diejenigen, die Einfluss haben in Religion, Erziehung und Medien, sollte sich dafür aktiv einsetzen.

Friedensgebete sind wichtig - reichen allein aber nicht. Wir brauchen Vertrauen schaffende Begegnungen, aktives Füreinander-Einstehen, mitfühlendes Zuhören und das Aushalten anderer Positionen. Wir engagieren uns für Shalom, Salam und Frieden in unserer Gesellschaft. Gemeinsam sind wir stärker. Wir sind bewegt von der Vision von Gerechtigkeit, Sicherheit und nachhaltigem Frieden und beten für die Menschen in Israel / Palästina.

Wir rufen Kirchen- und Synagogen-, Moschee- aber auch andere Religionsgemeinden, Schulen, Sport- und andere Vereine und alle Menschen, denen unsere Demokratie wichtig ist, auf, sich unserem Appell lautstark anzuschließen und ihn mit zu unterschreiben.

Wir planen, am 4. Februar mit möglichst vielen Menschen dazu ein kraftvolles öffentliches Zeichen zu setzen.

Ergänzende Erläuterungen der Autor:innen zu Grundhaltung, Motiv und Begrenztheit unseres Apells.

Wir Organisierenden verurteilen den unmenschlichen Terrorakt der Hamas auf Israel vom 7. Oktober aufs Schärfste. Wir betrauern das Schicksal der Geiseln und sind fassungslos angesichts des schrecklichen Leids der Menschen in Israel und Gaza. Angesichts der komplizierten Verstrickungen im Nahen Osten, war es nicht unser Ziel und auch nicht möglich, zu einer gemeinsamen, politisch fundierten Bewertung der Lage zu gelangen. Wir fordern, dass alle Akteur:innen in der Region ihrer Verantwortung für die Menschenrechte gerecht werden. Wir hoffen und beten gemeinsam, dass die Geiseln wohlbehalten zu ihren Familien zurückkehren, weiteres Blutvergießen vermieden, weitere humanitäre Katastrophen verhindert sowie langfristig Sicherheit für alle Menschen hergestellt wird. Wenn wir im Text von Israel und Palästina sprechen, soll dadurch keine politische Präferenz für eine Ein- oder Zweistaatenlösung zum Ausdruck gebracht werden.